Titel:

Wahlwerbung

Antragssteller:

SPD Kreisverband Böblingen

Empfänger:

Landesparteitag, Landtagsfraktion

Antrag an die Kreismitgliederversammlung, den Landesparteitag, den Bundesparteitag, sowie die Bundestagsfraktion

Wir fordern die Gremien der SPD und die SPD Bundestagsfraktion dazu auf, sich für die Gestaltung eines Rechts auf flächendeckende Verteilung von Wahlinformation für Parteien, Wählervereinigungen und Einzelbewerber innerhalb einer festzulegenden Frist im Vorfeld einer Wahl zu den politischen Gremien einzusetzen.

Begründung

Das Grundgesetz regelt in §21(1), dass Parteien an der politischen Willensbildung mitwirken. Ihre Rolle ist es, als Mittler zwischen den Bürgern und den Staatsorganen zu wirken. Diesem Auftrag können sie aber nur nachkommen, wenn sie die Bürger auch erreichen. Dazu gehört, dass im Vorfeld von Wahlen, Bewerber und Parteien den Bürgern erläutern dürfen, wer sie sind und für was sie sich in der folgenden Legislaturperiode einsetzen wollen. Dies gilt im Besonderen im kommunalen Umfeld, wo nicht mit Massenmedien eine breite Mehrheit erreicht werden kann.

Die aktuelle Rechtsprechung setzt Wählerinformationen im Vorfeld von Wahlen mit kommerzieller Werbung gleich. Das bedeutet, dass Prospekte nur dort in Briefkästen eingeworfen werden dürfen, bei denen kein Aufkleber wie „Keine Werbung“ etc. angebracht sind. Bei Nichtbeachtung sind inzwischen hohe Strafen vorgesehen. Viele Gruppierungen setzen sich über dieses Verbot hinweg. Auch wir in Leonberg sind oftmals im Dilemma zwischen der Rechtsprechung und unserem Anspruch, den Bürger entsprechend unseres Auftrages zur Wahl aufzurufen.

Bereits heute erlauben die Meldegesetze vieler Bundesländer den Meldebehörden die Herausgabe von Adressen von altersbezogenen Gruppen (Erstwähler, Senioren). Beziehungsweise kann man personalisierte Werbung („an alle Bewohner in Musterstrasse 1, Leonberg“) durch die Postdienste verteilen lassen.

Wir halten aber solche regulatorischen Spitzfindigkeiten für falsch und fordern deshalb ein klar verankertes Recht entsprechend des Antrages.